

## Teures Telefonieren im Ausland

Die Detailhändler verlangen für Roaming zum Teil mehr als die Mobilfunkanbieter

Von Jon Mettler

**Bern.** Wer in den Herbstferien am Meeresstrand mit den Billigprodukten der Detailhändler telefoniert und Fotos empfängt, kann teure Überraschungen erleben. Bei Migros, Coop und Aldi fallen teilweise höhere Roaminggebühren an als bei den Schweizer Mobilfunkbetreibern, deren Netze die Handelskonzerne nutzen. Das haben aktuelle Berechnungen des Online-Vergleichsdienstes Moneyland ergeben.

M-Budget von Migros hat Swisscom an Bord geholt. Der Partner von Coop heisst Salt. Und Aldi kooperiert mit Sunrise. Roaminggebühren fallen an, damit der Kunde eines Schweizer Mobilfunkbetreibers über ein ausländisches Netz Gespräche führen kann und mit dem Internet verbunden ist. Die Schweizer Betreiber setzen damit zusammen eine halbe Milliarde Franken um. Die Einnahmen dank Roaming sind jedoch seit 2011 rückläufig.

Gründe sind der steigende Preisdruck und die Möglichkeit, übers drahtlose Internet anstatt über die ausländischen Mobilfunknetze zu telefonieren. Für den Vergleich hat Moneyland eine Aufenthaltsdauer von zwei Wochen in einem beliebigen Ferienland angenommen. Berechnet hat das Online-Portal die Kosten für ein Gigabyte Datenverbrauch und jeweils 60 Gespräche zu durchschnittlich zwei Minuten in fünf Destinationen. Die Rede ist von Spanien, den USA, Thailand, Vietnam und Südafrika.

M-Budget Mobile hat zwar auf den 18. Juli 2018 die Preise beim Datenroaming für die Abonnenten gesenkt, ist aber immer noch teurer als die Partnermarke Swisscom. Ein Beispiel: Ein Paket mit 1024 Megabyte Datenroaming ist für Swisscom-Kunden für 19.90 Franken erhältlich. Ein Abonnent von M-Budget bezahlt für ein Paket mit 500 Megabyte 14.90 Franken. 1000 Megabyte kosten damit 29.80 Franken, was 9.90 Franken mehr ausmacht als beim vergleichbaren Angebot von Swisscom.

### Wie günstig ist Aldi?

Der Telecomexperte von Moneyland, Ralf Beyeler, analysiert: «Es gibt keinen Grund, weshalb für Abonnenten mit M-Budget beim Roaming höhere Kosten anfallen als für normale Swisscom-Kunden», sagt er. Swisscom zahle den ausländischen Mobilfunkbetreibern fürs Mitbenutzen der Netze gleich viel – unabhängig davon, welches Preismodell der Kunde gewählt habe.

Die Migros entgegnet, dass Roaming nicht isoliert betrachtet werden könne. Es sei immer Teil eines Gesamtangebots. M-Budget Mobile verfolge ausserdem



**Vorsicht, Roaming-Falle.** Je nach Anbieter kann die Internetnutzung auf dem Tafelberg in Südafrika teuer enden. Foto iStock

eine andere Philosophie als die Mitbewerber: «Wir wollen den Kunden auf einen gesunden Umgang mit dem Smartphone aufmerksam machen und uns bewusst im Segment für Einsteiger positionieren», sagt Migros-Sprecherin Anne-Catherine Berrut.

Aldi wirbt auf der Homepage mit dem Slogan «Günstige Preise – auch im Ausland». Erschwingliche Tarife gibt es bei Aldi nur in den EU-Ländern und einigen weiteren ausgewählten Destinationen wie den USA, der Türkei oder Norwegen. In anderen Ländern ist Roaming unbezahlbar. Kunden von Aldi müssen mit Kosten von rund 16 000 Franken rechnen, etwa in Vietnam. Immerhin: In der Praxis wird der Kunde keine horrende Rechnung erhalten, weil der Partner Sunrise die Verbindungen vorher unterbricht. Ausserdem ist Aldi ein reines Prepaid-Angebot. Der Kunde muss daher im Voraus einen Geldbetrag einzahlen.

Das Fazit von Branchenkenner Beyeler: «Es ist unverständlich, dass es auch im Jahr 2018 noch Angebote gibt, bei denen die Kunden 15 Franken für ein einziges Megabyte hinblättern müssen.» Er verweist auf die vergleichbaren Produkte von Sunrise. So erhalte ein Kunde zum Beispiel für Vietnam für 14.90 Franken ein Datenpaket mit 100 Megabyte. Das entspreche 100-mal mehr Volumen zum gleichen Preis.

Aldi schickt voraus, dass sich der Discounter bei seinem Tarifangebot an den Bedürfnissen seiner Kundschaft

orientiere. Diese schätze es, insbesondere in der Schweiz, in Deutschland und Österreich sowie in Europa günstig telefonieren und mobiles Internet nutzen zu können.

### Coop punktet mit Prepaid

Zu den Ausreisern in Vietnam sowie Südafrika und Thailand sagt Aldi-Sprecher Philippe Vetterli: «Roamingdienste werden zu Standardgebühren angeboten, die sich nicht wesentlich von den Standardtarifen anderer Anbieter unterscheiden.»

Kunden mit Prepaid bezahlen mit Coop Mobile deutlich weniger für Roaming als bei Salt. Umgekehrt ist es jedoch mit Abonnement: Coop Mobile ist bei diesem Preismodell teurer als die Partnermarke. Branchenkenner Beyeler

sagt dazu: «Fairerweise muss man betonen, dass der Kunde nur mit Datenpaketen surfen kann. Der Nutzer hat damit keine Kostenfallen zu fürchten.»

Coop teilte einzig mit, das Unternehmen wolle den Kunden mit Coop Mobile ein attraktives Angebot machen. Migros und Coop waren 2005 in den Mobilfunkmarkt eingestiegen, um ihre Kundschaft fester an sich zu binden und das Image ihrer Billigmarken zu stärken. Zwei Jahre später zog Aldi nach.

Jüngere Menschen gelten als attraktive Kunden, die nach günstigen Angeboten mit wenig Schnickschnack verlangen. Diese Zielgruppe ist wechselwillig und sorgt deshalb in einem gesättigten Schweizer Mobilfunkmarkt für Wachstum. Mit Billigmarken buhlen die Anbieter um diese Nutzer.

### WIE TEUER SIND TELEFONIEREN UND INTERNET IM AUSLAND? \*

	Spanien	USA	Südafrika, Thailand	Vietnam
Swisscom (Abo und Prepaid)	64.9	104.9	164.9	214.9
M-Budget (Abo)	74.8	124.8	184.8	324
M-Budget (Prepaid)	64.9	104.9	164.9	234.5
Salt (Abo)	58.95	58.95	289.95	848.45
Salt (Prepaid)	273.95	273.95	534.95	784.95
Coop Mobile (Abo und Prepaid)	78.95	78.95	424.95	424.95
Sunrise (Abo)	69	69	313	420.5
Sunrise (Prepaid)	94	94	313	420.5
Aldi Suisse Mobile (Prepaid)	87.8	87.8	15925	16097.5

\*1 Gigabyte Internet und 20 Gespräche innerhalb des Reiselandes, 20 Gespräche in die Schweiz sowie 20 ankommende Gespräche zu durchschnittlich 2 Minuten  
Quelle: Berechnungen moneyland.ch, Stand: 28. September 2018

## Mehr Stromleitungen in Städten?

Die Elektrizitätsbranche warnt, dass neue Regeln zu mehr überirdischen Leitungen führten

Von Yvonne Debrunner

**Zürich.** Überirdische Stromleitungen sind unbeliebt. Wann immer eine gebaut werden soll, hagelt es Einsprachen. Nun warnt der Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen (VSE) vor mehr solcher Freileitungen – vor allem in urbanen Gebieten. Der Grund: eine neue Regelung, die der Bundesrat schaffen will. Sie legt fest, wann eine Leitung in den Boden verlegt wird. Der Vorschlag ist derzeit in der Vernehmlassung, zusammen mit anderen Verordnungen zum Stromnetz. Bis am Montag müssen die Adressaten Stellung nehmen. Es zeigt sich: Der Vorschlag ist höchst umstritten.

Leitungen in den Boden zu verlegen, ist teuer. Stromnetzbetreiber tun das nur, wenn sie dafür entschädigt werden. Der Vorschlag des Bundesrates sieht vor, dass eine Stromleitung dann in den Boden verlegt werden kann, wenn die Kosten das 1,75-Fache einer Freileitung nicht übersteigen. In diesen Fällen können die Kosten für die Bodenleitung auf den Strompreis aufschlagen

und so bei den Kunden wieder hereingeholt werden.

### Schieberei der Zahlen

Sind die Kosten jedoch um mehr als 1,75 Mal höher, sind sie nicht mehr anrechenbar. Der Netzbetreiber hat dann folglich keinen Anreiz, die Stromleitung in den Boden zu verlegen. Er wird vermutlich eine Freileitung bauen. Es sei denn, er erhält vom Bund eine Ausnahmebewilligung, oder jemand anderes kommt für die Mehrkosten auf. Der Bundesrat hätte auch höher als 1,75 gehen können. Gemäss Gesetz darf der sogenannte Mehrkostenfaktor bei maximal drei liegen. Stromleitungen würden dann auch noch in den Boden verlegt, wenn sie dreimal teurer wären als eine Freileitung.

Dass der Bundesrat davon absieht, begründet er mit einer Studie, die das deutsche Beratungsunternehmen Consetec im Auftrag des Bundes verfasst hat. Die Studie kommt zum Schluss, dass die Aufschläge auf den Strompreis stark anstiegen, wenn der Mehrkostenfaktor über 1,75 läge. Der Strom würde für die Haushalte also deutlich teurer.

Zudem nimmt der Bund an, dass beim Faktor 1,75 ungefähr 88 Prozent der Leitungen in den Boden verlegt würden. Mit einem höheren Faktor könne nur noch ein «relativ geringer Anstieg» an in den Boden verlegten Leitungen erreicht werden.

Die Branche ist anderer Meinung. Der Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen (VSE) ist der Ansicht, dass mit dem Mehrkostenfaktor von 1,75 im urbanen Raum wieder mehr Freileitungen gebaut würden. Aus Kostengründen würden dann «zahlreiche Hausanschlüsse und Versorgungsleitungen» nicht mehr als Erdkabel realisiert, so der Verband in seiner Vernehmlassungsantwort.

### Zweifel an der Universallösung

Michael Frank, Direktor des VSE, sagt: «Es ist teurer, eine Strasse in der Innenstadt aufzureissen, um ein Kabel zu verlegen, als einen Acker.» Der Verband beantragt deshalb eine Differenzierung: Für ländliche Gebiete akzeptiert er den Vorschlag des Bundesrates. In städtischen sollen Erdkabel aber bis zu dreimal teurer sein dürfen als Frei-

leitungen. Wie sehen das die Netzbetreiber? Würden sie mehr Freileitungen bauen, wenn der Vorschlag des Bundesrats durchkommt? Die Ansichten gehen auseinander. Die Elektrizitätswerke der Stadt und des Kantons Zürich erachten den Faktor 1,75 als zu tief. Die Mehrkosten von erdverlegten Leitungen würden diesen Faktor in vielen Fällen überschreiten, heisst es bei den Elektrizitätswerken der Stadt Zürich.

Anders der Berner Energiekonzern BKW, dessen Netz sich vor allem in ländlichem Gebiet befindet. Dort sind Erdverkabelungen günstiger. Der Vorschlag des Bundesrates sollte daher nicht zu mehr Freileitungen führen, schreibt ein Sprecher.

Wenig besorgt ist aber auch der Stadtberner Energieversorger EWB: «Der grösste Teil unserer Leitungen befindet sich schon im Boden. Die Kabelkanäle existieren», sagt eine Sprecherin. Die Kosten für einen Kabelersatz seien nicht vergleichbar mit den Kosten für neue Leitungen. Vom Vorschlag des Bundesrates sei man daher nur am Rande betroffen.

## Musk räumt den Chefsessel

Tesla-Gründer lenkt ein

**Washington.** Die US-Börsenaufsicht SEC und der Elektroauto-Pionier Tesla haben überraschend ihren Streit über Tweets von Tesla-Chef Elon Musk beigelegt. Tesla und Musk zahlten jeweils 20 Millionen Dollar, teilte die SEC am Samstag mit. Musk lege zudem für drei Jahre das Amt des Verwaltungsratschefs nieder. Seinen Posten als Konzernchef behalte er dagegen. Tesla und Musk gaben die Vorwürfe weder zu noch wiesen sie sie zurück. Ein Gericht muss dem Vergleich aber noch zustimmen, der überdies Reformen bei Tesla vorsieht. So müsse das Unternehmen unter anderem laut dem Sender *CNBC* zwei unabhängige Direktoren in seinen Verwaltungsrat berufen.

Die Börsenaufsicht hatte den Manager vor dem US-Bundesgericht Manhattan wegen Betrugs verklagt. Er habe «falsche und irreführende» Twitter-Nachrichten über einen angeblich geplanten Börsenrückzug des Autobauers verfasst. Musk liess erklären, er habe nichts Falsches getan. Er habe immer im Sinne der Wahrheit, der Transparenz und der Investoren gehandelt.

Für Elon Musk stand viel auf dem Spiel: Die Behörde hatte ihm in ihrer Klage vorgeworfen, Anleger in die Irre geführt zu haben, und wollte erreichen, dass er auf Lebenszeit aus Chefetagen börsennotierter US-Unternehmen verbannt wird.

Die Tesla-Aktien waren am Freitag nach Bekanntwerden der Klage um rund zwölf Prozent eingebrochen. SDA

## Ebner will Jets vermieten

Investor will Airline umgestalten

**Zürich.** Helvetic Airways will laut der *SonntagsZeitung* mit der Anlieferung weiterer Flugzeuge auch das Geschäftsmodell der Airline komplett ändern. Investor Martin Ebner schwebe vor, seine Fluglinie zu einer Wet-Lease-Spezialistin nach US-Vorbild umzugestalten und Flugzeuge sowie Crews für Regionalstrecken an grosse Luftfahrtkonzerne zu vermieten. «Grosse Airlines tätigen ihre Investitionen im Produkt für die Langstrecke», sagte er und nannte als Beispiel die Verbesserungen von Swiss in der First- und Business-Class. «Ich gehe davon aus, dass sie sich langfristig darauf beschränken werden, das Interkontinentalgeschäft zu betreiben und das Regionalgeschäft auszulagern.» SDA

## Diese Woche

- 01.10.Montag**
  - > Aryzta mit Ergebnis 2017/2018
  - > Medienkonferenz: Arbeitgeberpolitik im aktuellen politischen Umfeld
- 02.10.Dienstag**
  - > Capital Market Day Sika
- 03.10.Mittwoch**
  - > KOF Konjunkturprognose
  - > Medienkonferenz der ZKB zur Wirkung nachhaltiger Anlagen
- 04.10.Donnerstag**
  - > Investorentag Vifor Pharma
- 05.10.Freitag**
  - > SNB publiziert Devisenreserven im September
  - > BFS mit Landesindex der Konsumentenpreise im September und Touristische Beherbergungen im August

ANZEIGE

[www.mercedes-neuwagen-sofort.ch](http://www.mercedes-neuwagen-sofort.ch)

Mercedes-Benz Kestenholz Automobil AG  
Basel • Pratteln • Oberwil  
www.kestenholzgruppe.com